



Bund will Wasserstoff fördern

Chemie- und Stahlbranche sollen profitieren. Streit gibt es um die Autoindustrie.

BERLIN (rtr) Die Bundesregierung will die Stahl- und Chemie-Industrie beim Einsatz von klimafreundlichem Wasserstoff unterstützen. Entsprechende Regelungen haben die Ministerien in die Wasserstoff-Strategie des Bundes eingebaut, wie ein neuer Entwurf des Konzepts zeigt. Da der Wasserstoff-Einsatz deutlich teurer ist als etwa von Gas oder Kohle, will die Regierung in einem Pilotprogramm „Carbon Contracts of Difference“ (CDF) vergeben. Diese sollen die Kosten pro Tonne CO₂ ausgleichen, die die Unternehmen mit dem Wasserstoff-Einsatz vermeiden haben.

Das Vorhaben war auf Initiative des Umweltministeriums in das Konzept aus dem Haus des Wirtschaftsressorts aufgenommen worden. Stahl- und Chemieindustrie sind besonders auf Wasserstoff angewiesen, da für die chemischen Prozesse Strom allein nicht Koh-

le oder Gas ersetzen kann. Während sich Umweltministerin Svenja Schulze hier offenbar durchsetzen kann, zeichnet sich unter den Ressorts in anderen Fragen kein Konsens ab: So wird die von Schulze geforderte Wasserstoff-Quote im Flugverkehr voraussichtlich nicht umgesetzt. Schulze wollte, dass bis 2030 zwei Prozent des Kerosin durch Wasserstoff ersetzt wird. Dies soll nun aus Wettbewerbsgründen, wenn überhaupt, nur im Einklang mit der EU kommen.

Vor allem wird darüber gestritten, wo Wasserstoff sonst zum Einsatz kommen soll. Das Verkehrsministerium will dies auch für Pkw offenhalten, während Schulze nur Teile des Schwerlastverkehrs, die Schifffahrt und den Luftverkehr aufnehmen will. Für Pkw setzt das Umweltressort auf Strom, auch um die voraussichtlich knappen Wasserstoffmen-

gen für anderes einzusetzen. Der Verband der Autoindustrie (VDA) will Wasserstoff dagegen nicht ausschließen: „Regenerative Kraftstoffe sind aber die einzige Möglichkeit, die derzeitige Bestandsflotte zu adressieren und damit zur sofortigen CO₂-Reduktion im Straßenverkehr beizutragen“, heißt es in einem VDA-Positionspapier. VDA und der Industrieverband BDI dringen darauf, jetzt die industrielle Produktion von Wasserstoff in großem Stil voranzubringen. Änderungen bei Abgaben und Steuern sieht das Konzept allerdings nicht vor.

Da Wind- und Sonnenenergie in Deutschland nicht ausreichen, um neben der Stromversorgung auch noch Wasserstoff in großen Mengen zu produzieren, setzt Wirtschaftsminister Peter Altmaier auf Importe aus Entwicklungsländern.